

Nachgeben, konnivieren und vermitteln. Preußische Altliberale in der „Neuen Ära“¹

Robin Simonow

„Liberale sind keine Revolutionäre“, hat Dieter Langewiesche im letzten Band dieses Jahrbuchs mit Blick auf die Bedeutung von 1848 für die Geschichte des deutschen Liberalismus betont.² Für kaum eine andere Gruppe dürfte dieser Satz mehr passen als für die Altliberalen des preußischen Abgeordnetenhauses der „Neuen Ära“ – jene gemäßigten oder auch konstitutionellen Liberalen, die sich im Nachgang der Revolution in Gotha darauf verständigt hatten, die Erfurter Unionsverfassung en bloc anzunehmen und das Dreiklassenwahlrecht zu akzeptieren, danach im preußischen Landtag gegen Widerstände mit kleinsten Schritten parlamentarische Prozesse und Verfassung zu festigen versuchten und mit wenigen Ausnahmen von politischen Vereinen nichts wissen wollten. Sie setzten auf das Vereinbarungsprinzip, Kompromisse und im Zweifel Konzessionen, um Einfluss beim Monarchen zu gewinnen und zu bewahren. Unter ihnen waren mitunter heute noch bekannte, doch überwiegend vergessene herausragende Persönlichkeiten wie Max Duncker, Ludwig Samuel Kühne, Karl August Milde, Robert von Patow, Maximilian von Schwerin, Eduard Simson, Georg von Vincke und sein Vetter Karl von Vincke-Olbendorf.

Die Geschichtswissenschaft hat ihr Urteil über die Altliberalen zumeist im engen Zusammenhang mit der „Neuen Ära“ von 1858 bis 1862 gesprochen, als einige Politiker dieser Gruppierung in die Regierung berufen wurden.³ Im

-
- 1 Dieser Beitrag greift Gedanken aus meiner Dissertation zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei auf, die 2024 mit dem Preis der Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnisstiftung ausgezeichnet wurde und bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien erscheinen wird. Vgl. Robin Simonow: Verkannte Pioniere der Demokratie. Die Deutsche Fortschrittspartei im preußischen Verfassungskonflikt. Düsseldorf [erscheint 2025].
 - 2 Dieter Langewiesche: Das Erbe der Revolution. Was bedeutet 1848 in der Geschichte des deutschen Liberalismus? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 36 (2024), S. 9–28, hier S. 15.
 - 3 Zur „Neuen Ära“ vgl. statt vieler Titel, mit weiterführender Literatur und dem Schwerpunkt auf der Schlüsselrolle des Herrenhauses: Hartwin Spenkuch: Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854–1918. Düsseldorf 1998, S. 58–84, sowie Rainer Paetau: Die regierenden Altliberalen und der „Ausbau“ der Verfassung Preußens in der Neuen Ära (1858–1862). Reformpotenzial

Fokus der Forschung standen dabei die Handlungsspielräume und Potenziale der „Neuen Ära“ insgesamt sowie die Rolle der altliberalen Minister, weniger die Parlamentarier im Abgeordnetenhaus samt ihrem engeren Umfeld.⁴ Auf diese soll aber im Folgenden geblickt werden, um drei Aspekte der Geschichte der preußischen Altliberalen näher zu beleuchten: ihre Selbstbeschränkung im Parlament (I), ihr bewusst hingenommener Glaubwürdigkeitsverlust (II) und ihre Stärken als Vermittler anhand vor allem Max Dunckers eher unbeachteten Wirken im September 1862 (III).

I. Von der Tolerierungspolitik zur Selbstdemontage

Als im Oktober 1858 Prinz Wilhelm die Regentschaft Preußens übernahm, nachdem er bereits für etwa ein Jahr seinen kranken Bruder Friedrich Wilhelm IV. vertreten hatte, schien vielen Zeitgenossen der Aufbruch in eine „Neue Ära“ zu beginnen. Auf das Ministerium Manteuffel-Westphalen folgte ein aus moderaten Konservativen und gemäßigten Liberalen zusammengestelltes Kabinett unter der faktischen Leitung von Rudolf von Auerswald und mit politischen Schwergewichten wie Robert von Patow und Maximilian von Schwerin (ab Juli 1859), die während der „Reaktionszeit“ liberale Prinzipien im Abgeordnetenhaus verfochten hatten. Die mehrdeutigen Regierungsrichtlinien Wilhelms boten genügend Interpretationsspielraum für allerhand progressive Projektionen im freiheitlich-nationalistischen Lager von Liberalen bis Demokraten. Auch die Repression gegen die Presse wurde gelockert und die Wahlbeeinflussung heruntergefahren, so dass bei den Wahlen im November 1858 knapp 150 Liberale ins Abgeordnetenhaus gelangten, was die Hoffnungen auf den Anbruch einer ersehnten liberalen Ära zu bestätigen schien. „Brauchen wir jetzt noch Beweise daß die früheren Wahlen geknechtet waren?“, jubelte

– Handlungsspielraum – Blockade. In: Bärbel Holtz/Hartwin Spenkuch (Hrsg.): Preußens Weg in die politische Moderne. Verfassung – Verwaltung – politische Kultur zwischen Reform und Reformblockade. Berlin 2001, S. 169–191.

4 Eine Ausnahme ist die nach wie vor wertvolle Studie von: Siegfried Bahne: Vor dem Konflikt. Die Altliberalen in der Regentschaftsperiode der Neuen Ära. In: Ulrich Engelhardt (Hrsg.): Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Stuttgart 1978, S. 154–196. Einen groben, aber überholten Überblick mit teils drastischer Kritik bietet: Gerd Fesser: Altliberale (Al) 1849–1876. In: Dieter Fricke u.a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Bd. 1. Leipzig 1983, S. 59–65. Ein Ausschnitt des Netzwerks der deutschen Altliberalen ist mit einem kulturgeschichtlichen Blickwinkel neuerdings untersucht worden von: Michael Weaver: Political Friendship. Liberal Notables, Networks, and the Pursuit of the German Nation State, 1848–1866. New York/Oxford 2024.

August von Saucken-Julienfelde über den deutlichen Wahlsieg.⁵ Nicht einmal „die Democratie“ störe den Aufbruch, lobte Karl von Vincke-Olbendorf, da ihre Anhänger sich „sehr vernünftig“ verhalten und für altiliberale Kandidaten gestimmt hätten, als absehbar wurde, dass der Prinzregent von möglichen demokratischen Kandidaturen beunruhigt werden würde, und überhaupt seien auch die Beiträge in der *Volkszeitung* und der *Nationalzeitung* „wirklich vortrefflich“.⁶ Der Historiker Shlomo Na‘aman hat diesen zeitgenössischen Blick auf den Regierungswechsel einmal sehr pointiert, aber durchaus treffend festgehalten mit den Worten: „Man glaubte an die neue Ära, weil man sie wollte.“⁷

Mit dem bei seiner Regentschaftsübernahme 61 Jahre alten, nie für die Thronfolge erzogenen „Berufssoldaten“ Wilhelm, der unverändert an den überkommenen Prärogativen der Krone festhielt, war an eine Ära der Reform und des Aufbruchs jedoch nicht zu denken.⁸ Bis auf eine Reform der Grundsteuer scheiterten alle wesentlichen und von der liberalen Öffentlichkeit erwarteten Reform- und Gesetzesvorhaben, etwa zum Eherecht, zur Ministerverantwortlichkeit, zur Oberrechnungskammer, zur Städte- und Kreisordnung sowie zum Schutz vor Verwaltungsübergriffen.⁹ Erschwerend hinzu kam noch die Heeresreform, Wilhelms Herzensprojekt, mit ihrem Festhalten an der unpopulären dreijährigen Dienstzeit samt dem Streit um die gesetzliche Mit-

-
- 5 August von Saucken-Julienfelde an Eduard Simson, 25.11.1858, Bundesarchiv (im Folgenden: BArch), N 1763/4, Bl. 43.
- 6 Karl von Vincke-Olbendorf an Theodor von Bernhardi, 24.11.1858, BArch, N 2021/25, Bl. 64.
- 7 Shlomo Na‘aman: Der Deutsche Nationalverein. Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859–1867. Düsseldorf 1987, S. 43.
- 8 Vgl. Karl Heinz Börner: Kaiser Wilhelm I. 1797–1888. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie. Köln 1984, insb. S. 126–199; Dierk Walter: Der Berufssoldat auf dem Thron. Wilhelm I. (1797–1888). In: Stig Förster/Ders./Markus Pöhlmann (Hrsg.): Kriegsherren der Weltgeschichte. 22 historische Porträts. München 2006, S. 217–233; Robert-Tarek Fischer: Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser. Wien u.a. 2020, insb. S. 137–227. Einseitig und zudem aufgrund methodischer Mängel nur mit äußerster Vorsicht zu benutzen, ist die Arbeit von: Jan Markert: Wilhelm I. Vom „Kartätschenprinz“ zum Reichsgründer. Berlin 2025. Vgl. dazu meine Rezension <<https://www.freiheit.org/sites/default/files/2025-06/05-online-25-1-markert-simonow.pdf>> (10.7.2025).
- 9 Paetau: Altiliberale (wie Anm. 3), S. 181–189; Wolfram Pyta: Liberale Regierungspolitik im Preußen der „Neuen Ära“ vor dem Heereskonflikt: Die preußische Grundsteuerreform von 1861. In: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Neue Folge 2 (1992), S. 179–247.

wirkung des Landtags.¹⁰ Ohne ein reformwilliges Staatsoberhaupt konnte die Blockadehaltung des Herrenhauses nicht überwunden werden, das laut Verfassung Gesetze gemeinsam mit dem Abgeordnetenhaus und dem Monarchen verabschieden musste und so als „Verfassungsinstitution und [...] Sammlungspunkt des konservativen Adels“ entscheidend zum Scheitern der „Neuen Ära“ beitrug.¹¹

Als sich die Euphorie unter den führenden altliberalen Parlamentariern ein wenig gelegt und mehr Nüchternheit Einzug gehalten hatte, versuchten sie, mit einer rücksichtsvollen Tolerierungspolitik und der Parole „Nur nicht drängen!“ die überhöhten Erwartungen wieder einzufangen und dem Ministerium den Rücken zu stärken.¹² „Die Kammer ist ruhig, gesetzlich, patriotisch“, schrieb Vincke-Olbendorf deshalb erleichtert nach den ersten Plenarwochen im Februar 1859, „kein Bild von 1848, kein Drängen“. Nun komme „alles darauf an, nach oben zu beruhigen, dort Vertrauen zu erwerben und zu gewinnen; dadurch das Ministerium zu befestigen, und erst, wenn das geschehen, eine besonnene Entwicklung nach vorwärts zu erstreben“. Deswegen habe die liberale Fraktion vereinbart, dem Ministerium „Zeit zu lassen die Initiative der Gesetzgebung selbst zu ergreifen“, selbst hingegen keine Anträge zu stellen, sondern nur Petitionen wahrzunehmen, „um die Beschwerden des Landes anzuerkennen und zur Abhülfe zu empfehlen“.¹³

Nicht allen in der Fraktion war das genug. Früh formierte sich um die parlamentarischen Neulinge Leopold von Hoverbeck, Max von Forckenbeck und ein wenig später dem erfahreneren Heinrich Theodor Behrend eine Gruppe von Abgeordneten, die als „Entschiedene“ bezeichnet wurden und mit dem Kurs der altliberalen Führung nicht einverstanden waren.¹⁴ Beflügelt von der Gründung des Deutschen Nationalvereins im September 1859 und dessen klarer programmatischer Ausrichtung zugunsten der Schaffung eines deutschen Bundes- und Verfassungsstaats samt Nationalparlament unter preußischer Führung kritisierten sie wiederholt die Tolerierungspolitik ihrer

10 Dierk Walter: Preußische Heeresreformen 1807–1870. Militärische Innovationen und der Mythos der „Roonschen Reform“. Paderborn 2003; ders.: Roonsche Reform oder militärische Revolution? Wandlungsprozesse im preußischen Heerwesen vor den Einigungskriegen. In: Karl-Heinz Lutz/Martin Rink/Marcus von Salisch (Hrsg.): Reform, Reorganisation, Transformation. Zum Wandel in den deutschen Streitkräften von den preußischen Heeresreformen bis zur Transformation der Bundeswehr. München 2010, S. 181–198.

11 Spenkuch: Herrenhaus (wie Anm. 3), S. 550.

12 Bahne: Konflikt (wie Anm. 4), S. 163 f.

13 Karl von Vincke-Olbendorf an Theodor von Bernhardi, 11.2.1859, BArch, N 2021/25, Bl. 74–74v. Vgl. Bahne: Konflikt (wie Anm. 4), S. 170–173.

14 Vgl. zum Folgenden ausführlich: Simonow: Fortschrittspartei (wie Anm. 1), Kap. I.

Fraktion.¹⁵ Die Entschiedenen drängten darauf, die Ziele des Nationalvereins zu übernehmen, im Parlament aktiver aufzutreten und zumindest eigene politische Vorstellungen zu artikulieren. Der richtungslosen Politik ihrer Fraktion und der grassierenden „Schlaffheit“, „Bequemlichkeit“ und „Gleichgültigkeit“ waren sie zunehmend überdrüssig. „Als Abgeordneter habe ich nicht Lust, ängstlich Rücksichten auf das gegenwärtige Ministerium oder die bisher leitenden Gothaer zu nehmen“, schrieb etwa Forckenbeck, als er Hoverbeck bat, dem Nationalverein beizutreten.¹⁶ Von den Altliberalen konnten sich indessen nur wenige mit dem Nationalverein anfreunden, darunter Moritz Veit, Carl Braemer und Carl von Saenger, die sich allerdings auch nur vorübergehend engagierten und spürbar fremd fühlten.¹⁷ Veit zufolge störten sich die meisten Altliberalen an der „Allgemeinheit und Unbestimmtheit des Vereinszweckes“ – was überhaupt erst die gewollte Integration von Demokraten und Liberalen erlaubte – und deshalb an den schwer abzuschätzenden Folgen eines Beitritts.¹⁸

Dass sich die liberale Fraktion des Abgeordnetenhauses so sehr gegen die Kritik der Entschiedenen sperrte, lag an dem Fraktionschef Georg von Vincke, der die Fraktion weitgehend im Griff hatte.¹⁹ „Er brauchte im Grunde nur allein hier zu sein“, klagte Heinrich Beitzke nach Annahme der ersten provisorischen Finanzierung der Heeresreform, da „jeder ohne Ausnahme seine Meinung vor ihm beugt“.²⁰ Auch Hoverbeck räumte ein, er habe sich nicht ausschließlich, aber auch aufgrund von Vinckes Autorität zur Zustimmung verleiten lassen.²¹ Da waren einerseits Vinckes autoritäre Fraktionsführung,

15 Zum Nationalverein als Kopf und Herzstück der nationalen Verfassungsbewegung vgl.: Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten. Düsseldorf 1994; Jürgen Frölich: „Lager des ‚gothaisch-liberalen Philistertums“ (F. Engels) oder „Geistig-politische Wiederaufnahme der Ideen von 1849“ (E. Marcks)? Der Deutsche Nationalverein in der deutschsprachigen Historiographie seit dem späten 19. Jahrhundert. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 16 (2004), S. 151–171.

16 Max von Forckenbeck an Leopold von Hoverbeck, 21.8.1859. In: Ludolf Parisius: Leopold Freiherr von Hoverbeck. Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte. Bd. 1. Berlin 1897, S. 164 f.

17 Biefang: Bürgertum (wie Anm. 15), S. 130 f.

18 Moritz Veit an Rudolf von Bennigsen, 2.12.1859, BArch, N 2350/366, Bl. 4–4v.

19 Zu Vincke vgl.: Hans-Joachim Behr: „Recht muß doch Recht bleiben“. Das Leben des Freiherrn Georg von Vincke (1811–1875). Paderborn 2009.

20 Heinrich Beitzke an seine Frau, o. D. [Mitte Mai 1860]. In: Horst Conrad (Hrsg.): Ein Gegner Bismarcks. Dokumente zur Neuen Ära und zum preußischen Verfassungskonflikt aus dem Nachlass des Abgeordneten Heinrich Beitzke (1798–1867). Münster 1994, S. 188.

21 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten. 7. Legislaturperiode. 1. Session 1862. Bd. 1, S. 200.

seine gelegentlichen verbalen Entgleisungen und mitunter eitlen Charakterzüge, andererseits sein Charisma, seine herausragenden geistigen und rhetorischen Fähigkeiten, die ihm inner- und außerhalb des Parlaments zu Bezeichnungen wie „Alleinherrscher“, „Kammerkönig“, „Diktator“²², „Tyrann“²³ und „Cäsar“²⁴ verhalfen, in denen häufig sowohl Ablehnung als auch Anerkennung zum Ausdruck kamen. Einige gerieten sogar ins Schwärmen, wie Simson, der schrieb, dass seine Seele „nicht bloß voll Bewunderung, sondern voll Verehrung vor dem unvergleichlichen Menschen“ sei.²⁵ Vincke stand bis zum Ende der „Neuen Ära“ stets im Mittelpunkt der Kritik an den Altliberalen, trat während des Verfassungskonflikts oft als Einzelkämpfer auf und isolierte sich zusehends von seinen Mitstreitern, etwa von Saucken-Julienfelde, von Schwerin, sogar von Eduard Simson, die anders als er allesamt den Schwenk zu den Nationalliberalen vollzogen.²⁶

Seit Konstituierung der liberalen Fraktion im Januar 1859 kuratierten und besänftigten allen voran Vincke und Simson zwei Jahre lang die internen Kritiker, wenn sie Anträge zu liberalen Reformen oder zur Unterstützung der Politik des Nationalvereins vorlegen wollten, die autoritären Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Fraktion kritisierten oder diese über ein politisches Programm abstimmen lassen wollten. Die politischen Entwicklungen gaben den Entschiedenen allerdings Recht: Der offensichtliche Stillstand bei innenpolitischen Reformen und die mangelnden Fortschritte in der deutschen Frage verliehen ihrer Kritik zusehends den nötigen Rückenwind, so dass sich die Fraktion Vincke im Februar 1861 doch noch in der deutschen Frage bewegte.²⁷

Bei den Vorbereitungen zu einer Adresse an den König wurde in der Fraktion beschlossen, im Abgeordnetenhaus zwei Amendements zur Anerkennung Italiens und zur Deutschlandpolitik zu verabschieden, wofür im Gegenzug die Entschiedenen um Hoverbeck, Forckenbeck und Behrend ein drittes Amendement zurückgezogen hatten, das angesichts zutage getretener Verwaltungsskandale zur Entlassung reaktionärer Beamter aufforderte. Das Amendement

22 Zit. nach: Bahne: Konflikt (wie Anm. 4), S. 171.

23 Hans Viktor von Unruh: Erinnerungen. Hrsg. v. Heinrich von Poschinger. Stuttgart 1895, S. 109.

24 Heinrich Rickert an Johann Jacoby, 21.12.1860. In: Edmund Silberner (Hrsg.): Johann Jacoby. Briefwechsel 1850–1877. Bonn 1978, S. 171.

25 Aus einem Brief Simsons, April 1859. Zit. nach: Bernhard von Simson: Eduard von Simson. Erinnerungen aus seinem Leben. Leipzig 1900, S. 328.

26 Behr: Vincke (wie Anm. 19), S. 326 u. 328 f.; August von Saucken-Julienfelde an Eduard Simson, 15.12.1866, BArch, N 1763/4, Bl. 67–67v.

27 Das Folgende nach: Simonow: Fortschrittspartei (wie Anm. 1), Kap. I, 4.

zur deutschen Frage firmierte unter dem Namen seines Antragstellers Friedrich Stavenhagen und entsprach in verklausulierter Formulierung den Zielen des Nationalvereins. Es verlangte, darauf hinzuwirken, dass die militärische und diplomatische Oberhoheit Deutschlands an Preußen übertragen und schließlich ein deutscher Bundesstaat samt Nationalparlament mit Preußen an seiner Spitze geschaffen werde. Vincke stand nicht nur inhaltlich hinter beiden Amendements (trotz seiner Aversion gegenüber dem Nationalverein), sondern wollte auch, statt auf dem heiklen Feld der Innenpolitik, lieber in der Außenpolitik dem verbreiteten Wunsch, mehr zu drängen, nachgeben, zumal mittlerweile mit Karl August Milde auch ein arrivierter Altliberaler zu mehr Initiative des Fraktionsvorsitzenden aufrief.²⁸ Einstimmig votierte die Fraktion in ihrer letzten Sitzung vor der Plenardebatte für die beiden außenpolitischen Amendements.

Am 6. Februar 1861 gelang es Vincke, das Amendement zur Italienfrage mit knapper Mehrheit von 159 zu 146 Stimmen im Plenum durchzubringen – nicht nur zum Unmut der Minister und gegen den ausdrücklichen Wunsch und Rat des Außenministers Alexander von Schleinitz, sondern auch gegen den Widerspruch altliberaler Fraktionskollegen und Freunde, darunter Georg Beseler, Ignatz Bürgers, Max Duncker, Simson und Saucken-Julienfelde. Tags darauf verteidigte in erster Linie Vincke das Amendement Stavenhagen gegen Kritik von verschiedenen Seiten. Einzig und allein in dem Fall, versicherte er, wenn Schleinitz in Kenntnis „seine[r] Akten und Depeschen“ unmissverständlich erkläre, es entstünde durch die Annahme des Antrags eine „Gefahr für den Staat“, würde er „in der elften Stunde“ noch von dem in seinen Augen vollkommen berechtigten Antrag zurücktreten. Daraufhin erbat der Außenminister das Wort und räumte ein, dass die Annahme des Amendements dem Ministerium „im höchsten Grade unerwünscht sein würde; daß aber eine Gefahr damit verbunden sein könnte, will ich nicht behaupten“²⁹ Vinckes Fallhöhe war damit immens geworden. Abseits des Rednerpults wirkten unter anderem die altliberalen Minister Schwerin und Patow auf führende Mitglieder der Fraktion ein, Stavenhagen zur Rücknahme des Antrags zu drängen, da ansonsten Schleinitz und weitere Minister zurücktreten würden.

Nun fiel auch Vincke um. Er vollzog schlagartig eine Kehrtwende und überzeugte Stavenhagen, das Amendement zurückzuziehen. Damit wollte es Hoverbeck indes nicht bewenden lassen, der Forckenbecks Schilderung zufol-

28 Bahne: Konflikt (wie Anm. 4), S. 173.

29 Stenographische Berichte (wie Anm. 21), 5. Legislaturperiode. 3. Session 1861. Bd. 1, S. 145.

ge aufschrie: „Ich nehme es wieder auf!“³⁰ Allerdings stimmten letztlich nur 41 von 151 Fraktionsmitgliedern getreu ihrer Überzeugung bzw. der Vereinbarung in der Fraktion für das Amendement Stavenhagen. Nun war endgültig offenkundig geworden, dass den Altliberalen im Parlament mit der fehlenden Bereitschaft zur Übernahme von Risiken und Konsequenzen die Schlüsseleigenschaft abging, um ihre politischen Positionen und Ziele im Abgeordnetenhaus überhaupt nur artikulieren zu können. Wenn die Minister durch Rücktrittsdrohungen jeden Fraktionsbeschluss rückgängig machen und Gefolgschaft erzwingen konnten, war an ein autonomes Agieren der liberalen Fraktion, um bei den zentralen Fragen voranzukommen, nicht mehr zu denken.

Hoverbeck, Forckenbeck, Behrend und elf weitere Abgeordnete traten deshalb nach der Adressdebatte aus der Fraktion Vincke aus und gründeten einen losen parlamentarischen Verein, dem sich wenig später auch die erst kürzlich durch Ersatzwahlen ins Abgeordnetenhaus eingetretenen 1848er Benedikt Waldeck und Hermann Schulze-Delitzsch anschlossen. Im Juni 1861 gründeten sie dann mit Gleichgesinnten außerhalb des Parlaments die strömungsübergreifende Deutsche Fortschrittspartei, die sich in ihrem Programm die Forderungen nach deutscher Einheit im Sinne des Nationalvereins, der Umsetzung zahlreicher liberaler Gesetze und Reformen sowie der Einführung einer zweijährigen Dienstzeit bei der Infanterie auf die Fahnen schrieb. Um diese Positionen im Parlament vertreten zu können, riefen die Parteigründer für die kommenden Wahlen ganz bewusst dazu auf, nunmehr ausschließlich Kandidaten für das Abgeordnetenhaus zu nominieren, die über die Fähigkeit verfügten und die Bereitschaft zeigten, die Grundsätze des Programms auch bei Widerspruch aufrechtzuerhalten. Eine prinzipielle Opposition hatte dies, wie die Altliberalen behaupteten, indes nicht zur Folge.³¹

II. Königstreu wider besseres Wissen

Die altliberalen Parlamentarier waren nicht naiv. Viele von ihnen wussten bestens Bescheid über die ständigen Konflikte im Ministerium und den schwierigen Umgang mit dem König, der die notwendigen Reformen blockierte. Es handelte sich vielmehr um ein fehlgeleitetes Verständnis staatspolitischer Verantwortung, sich schützend vor den König zu stellen, gleichwohl er es ihnen

30 Max von Forckenbeck an seine Frau Marie, 7.2.1861, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (im Folgenden: GStA PK), VI. HA, NL Max von Forckenbeck, Nr. 36, n. f.

31 Simonow: Fortschrittspartei (wie Anm. 1), Kap. II.

mit Ausnahme gnädiger Audienzen in keiner Weise dankte und die Altliberalen politisch offenkundig schwächte. Vincke-Olbendorf antwortete einem kritischen Theodor von Bernhardi im August 1861, dass er „vollkommen“ damit übereinstimme, was Bernhardi „über die Mängel und die Schwäche und Halbheit“ der Regierung schreibe, „nur fragt es sich ob wir den eigentlichen Sitz des Uebels an derselben Stelle sehen“. Denn „unser guter König hat alle die trefflichen Eigenschaften seines Vaters, aber wie diesem fehlt ihm auch Manches gerade von dem, was eigentlich erst einen großen Fürsten macht“. Unglücklicherweise sei „bei minder befähigten Fürsten auf dem Throne die großartige Selbsterkenntnis und Resignation, andere frei und energisch für sich wirken zu lassen“, selten vorzufinden, „zumal wenn jene in absolutistischen Ideen erzogen und aufgewachsen sind, und Mißtrauen, die Besorgniß sich etwas zu vergeben, auf der Wache steht“.³²

Solche Äußerungen blieben aus naheliegenden Gründen privat, aber auch politische Konsequenzen wurden aus ihnen nicht gezogen. Vincke-Olbendorf bemühte sich sogar, Äußerungen König Wilhelms immer wieder vor seinen Abgeordnetenkollegen zu verheimlichen oder herunterzuspielen.³³ Einen anderen Weg ging Milde. Er hatte mit dem Monarchen im Februar 1860 über die Heeresreform korrespondiert, in der dieser unverblümt seine Starrsinnigkeit und Unzugänglichkeit für sachliche Einwände, besonders von „Theoretiker[n] der Tribüne“³⁴, offenbart hatte. Die Korrespondenz zeigte Milde Fraktionsgenossen einschließlich einiger Entschiedener, doch halfen auch diese Einblicke in den schwierigen Umgang mit dem König nicht, die Altliberalen in der Regierung zu stützen oder die Vorgehensweise der Fraktion Vincke zu verändern.³⁵ Dass politische Gegner in der Öffentlichkeit deshalb leichtes Spiel hatten, die Altliberalen zu diskreditieren, nahm etwa Vincke-Olbendorf billigend in Kauf, „weil man mit der ganzen Wahrheit nicht hinausrücken darf und kann; – denn die Krone selbst können und dürfen wir nicht in die öffentliche Debatte der Zeitungen ziehen“.³⁶ Auch Schwerin sah sich gezwungen, nach seiner Demission als Minister im März 1862 die ungerechtfertigte Kritik an

32 Karl von Vincke-Olbendorf an Theodor von Bernhardi, 5.8.1861, BArch, N 2021/25, Bl. 106–106v.

33 Friedrich von Bernhardi (Hrsg.): *Aus dem Leben Theodor von Bernhardis*. Bd. 3: *Die Anfänge der neuen Aera*. Leipzig 1894, S. 272 f.

34 Wilhelm an Karl August Milde, 14.2.1860. In: Johannes Schultze (Bearb.): *Die Briefe Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker und Staatsmänner*. Bd. 2: 1854–1869. Berlin/Leipzig 1931, S. 146.

35 Vgl. hierzu ausführlich: Simonow: *Fortschrittspartei* (wie Anm. 1), Kap. I, 3.2.

36 Karl von Vincke-Olbendorf an Theodor von Bernhardi, 5.8.1861, BArch, N 2021/25, Bl. 107.

seiner Person hinzunehmen, „weil er, aus Rücksicht auf den König, nicht die ganze Wahrheit sagen könne“³⁷ Diese Nachsicht und sich deshalb dem Ministerium zu beugen, wenn es „versichere nicht weiter gehen zu können“, und „die Schuld dann – ächt constitutionell – auf ihre Achseln [zu] nehmen“, kennzeichnete Vincke-Olbendorf zufolge die Altliberalen und markierte den wesentlichen Unterschied zu den Demokraten.³⁸

Der Öffentlichkeit blieben solche Einsichten (weitgehend) verborgen, mit denen die alles andere als einfache Lage der Altliberalen im Parlament und in der Regierung hätte fairer bewertet werden können. Umso schwerer wurde ihre Stellung mit Gründung der Deutschen Fortschrittspartei am 5. Juni 1861. Die Fortschrittspartei war dank eines Zentralwahlkomitees und vor allem dank der Kooperation mit dem Nationalverein fast ad hoc wesentlich besser imstande, Wahlkämpfe zu führen, als die unorganisierten Altliberalen. Sie konnte auf Unterstützer in den Wahlkreisen setzen, koordinierte zentral ihre Öffentlichkeitsarbeit, verbreitete ihr Programm sowie Wahlaufrufe auf Flugblättern und wusste auflagenstarke, überregionale Zeitungen auf ihrer Seite.³⁹ Dahingehend fragte Saucken-Julienfelde stellvertretend für seine altliberalen Mitstreiter im September 1861 vorsichtig bei Veit an, „ob unsere Partei vor den Wahlen ein Lebenszeichen von sich geben“ wolle.⁴⁰ Dieses „Lebenszeichen“ war dann ein elaborierter, fast neunzigseitiger Rechenschaftsbericht der Fraktion Vincke über die abgelaufene Legislaturperiode, erschienen in den Preußischen Jahrbüchern und als Sonderdruck, mit dem „praktisch-politischen Zweck“, wie der Historiker Hans Rosenberg angesichts des Misserfolgs lakonisch formulierte, „der Deutschen Fortschrittspartei bei den bevorstehenden Wahlen den Wind aus den Segeln zu nehmen“⁴¹ Hierzu rühmte Veit die Fraktion als „große und imponirende Regierungspartei“, allerdings ohne je „ministeriell“ gewesen zu sein, und betonte berechtigterweise, dass die

37 Karl von Vincke-Olbendorf an Georg von Vincke, 23.3.1862, Niedersächsisches Landesarchiv Osnabrück, Dep. 45b, Nr. 702, n. f.

38 Karl von Vincke-Olbendorf an Theodor von Bernhardi, 5.8.1861, BArch, N 2021/25, Bl. 106v-107.

39 Das Wesentliche zu dieser Kooperation bei: Biefang: Bürgertum (wie Anm. 15), S. 196–200; ders.: National-preußisch oder deutsch-national? Die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861–1867. In: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 360–383, hier S. 374–376. Zum Zentralwahlkomitee vgl.: Simonow: Fortschrittspartei (wie Anm. 1), Kap. III, 1.2.

40 August von Saucken-Julienfelde an Moritz Veit, 14.9.1861, Goethe- und Schiller-Archiv Weimar (im Folgenden: GSA), 151/334, Bl. 3.

41 Hans Rosenberg: Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands. Vom Eintritt der Neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des Deutschen Krieges. Eine kritische Bibliographie. Bd. 1. München/Berlin 1935, S. 185 f.

„aufgestellten Forderungen“ der Fortschrittspartei „im Wesentlichen keine andern sind, als diejenigen, welche die constitutionelle Partei“ seit dem Ersten Vereinigten Landtag 1847 stets vertreten habe. Den liberalen Rechts- und Verfassungsstaat verwirkliche man nur, „indem man das feindliche Gebiet schrittweise erkämpft und jeden Schritt [...] von Neuem befestigt“, um „dauerhafte[n] Fortschritt“ zu erreichen, nicht jedoch, wie die Fortschrittspartei angeblich beabsichtige, grundlos „im Sturme“, was nur die politischen Gegner stärke. Ließe sich darüber jedoch noch trefflich streiten, sei es hingegen eine „Unsitte“, andere Liberale aufgrund ihrer Auffassungen „moralisch“ zu verdächtigen und „Entschiedenheit und Willenskraft nur in der rücksichtslosen Verwirklichung politischer Grundsätze“ finden zu wollen.⁴² Ob die Fraktion Vincke „ihrer Aufgabe sich gewachsen gezeigt hat“, werde schließlich „das Land“ mit seinem „entscheidende[n] Votum“ beurteilen.⁴³

Die Altliberalen fielen daraufhin bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Winter 1861 von 151 auf 91 und bei den Wahlen im Mai 1862 auf 41 Mandate zurück. Obendrein spalteten sie sich nunmehr in zwei Fraktionen: eine unter Georg von Vincke, eine andere unter Ludwig von Rönne, die der Fortschrittspartei mehr zugeneigt war. Einzelne Altliberale fanden ihren Weg auch in das Linke Zentrum, das mit der Fortschrittspartei zusammenarbeitete. Nach den Wahlen im Oktober 1863 schrumpften die Altliberalen weiter und blieben „Wilde“ im Parlament, da die Konstituierung als Fraktion bei weniger als 15 Abgeordneten keinen Sinn mache.⁴⁴ Anders als Veit geschrieben – oder wohl eher gehofft – hatte, war die Frage nach der Glaubwürdigkeit, inwiefern die Altliberalen ihre Positionen auch im Parlament vertreten könnten und wollten, sehr wohl zu einem zentralen Wahlkampfthema geworden, bei dem sie leicht ins Hintertreffen gerieten. Eine Zusammenstellung ausgewählter namentlicher Abstimmungen wurde bereits kurz nach Schluss der abgelaufenen Legislaturperiode publiziert und erwies sich als effektives Mittel, um die Mitglieder der Fraktion Vincke in die Bredouille zu bringen.⁴⁵ Bei der Kandidatenvorstellung auf einer Berliner Wahlversammlung im November 1861 wurde Adolf Friedrich Johann Riedel befragt, wieso er denn im Februar nicht für das

42 [Moritz Veit:] Die Legislaturperiode des Hauses der Abgeordneten 1859–1861. In: Preußische Jahrbücher 8 (1862), S. 315–402, hier S. 318–324.

43 Ebd., S. 402.

44 Zu den Wahlergebnissen samt Wahlkreiskarten vgl. Simonow: Fortschrittspartei (wie Anm. 1), Kap. III, 2.

45 Günther Grünthal: Wahlkampfführung der Konservativen im preußischen Verfassungskonflikt. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik. Düsseldorf 1997, S. 63–78, hier S. 69.

Amendement Stavenhagen zur Deutschlandpolitik votiert habe. Er erklärte, nur deshalb seine Zustimmung verweigert zu haben, weil es nun einmal „nicht Brauch im Hause“ sei, wenn ein „junges unerfahrenes Mitglied“ wie Hoverbeck einen von einem älteren Mitglied zurückgezogenen Antrag wieder aufnehme: „Da höre alle Disciplin auf.“ Riedel wurde daraufhin nicht wieder aufgestellt, sondern musste Platz machen für Kandidaten der Fortschrittspartei.⁴⁶

Opfer des Stimmungswechsels wurde auch Simson, der die Wahl in seiner Geburtsstadt Königsberg deutlich gegen Schulze-Delitzsch verlor, „den fremden Menschen, den schwerlich $\frac{1}{4}$ der Wahlmänner jemals auch nur gesehen haben mag“. Er empfand die Niederlage als „persönliche Kränkung [...] und in seiner Wirkung als ein zweites und schmerzhafteres Wegziehen aus der Vaterstadt“.⁴⁷ Einen Beitrag zur verlorenen Wahl Simsons und anderer Altliberaler leistete auch der erneute Vormarsch der pejorativen Verwendung der Bezeichnung „Gothaer“. Insbesondere Anhänger der Volkssouveränität nutzten sie, um die im „Gothaer Nachparlament“ im Juni 1849 zusammengekommenen gemäßigten Liberalen erbkaiserlicher Richtung für ihre Gefügigkeit und die Preisgabe wesentlicher Errungenschaften der Frankfurter Reichsverfassung zugunsten der nationalstaatlichen Einheit zu brandmarken.⁴⁸ Saucken-Julienfelde beschwerte sich über den „schändliche[n] Mißbrauch“ des Begriffs, „als wäre er gleichbedeutend mit ‚Feigling und Verräther‘“. Redner verwendeten die Bezeichnung ohne Kenntnisse darüber, „was in Gotha bezweckt wurde [...] und die herbei geholten Dummköpfe – die nicht einmal wissen was Gotha ist – brüllen ihr Bravo“.⁴⁹ Wiederholt schimpfte Saucken-Julienfelde über die „sogenannte FortschrittsPartei“. Sie „verdreht boshaft und hämisch Alles was unsere Partei gethan und gesprochen hat“ und schreckte auch nicht vor „niedrigen Verläumdungen“ zurück.⁵⁰

Bei den vorgezogenen Neuwahlen im Mai 1862 waren Saucken-Julienfelde und einige seiner Mitstreiter dann sogar darauf angewiesen, das Zentralwahl-

46 Nationalzeitung, Nr. 550, 25.11.1861.

47 Eduard Simson an einen seiner Söhne, 12.12.1861. In: Simson: Erinnerungen (wie Anm. 25), S. 345 f.

48 Vgl. Christian Jansen: Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849–1867. Düsseldorf 2000, S. 36.

49 August von Saucken-Julienfelde an Max Duncker, 12.11.1861, GStA PK, VI. HA, NL Max Duncker, Nr. 117, Bl. 32. Vgl. auch: Ders. an Eduard Simson, 8.11.1863. In: Julius Heyderhoff (Bearb.): Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung. Bd. 1: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859–1870. Bonn 1925, S. 178 f.

50 August von Saucken-Julienfelde an Moritz Veit, 18.11.1861, GSA, 151/334, Bl. 5.

komitee der Fortschrittspartei um Hilfe zu ersuchen, damit er und andere in ihren angestammten Wahlbezirken überhaupt noch Chancen auf den Gewinn eines Mandats besaßen. Wilhelm Adolf Lette bat geradezu um Nachsicht beim Zentralwahlkomitee, es möge doch „nicht gegen die altbewährten, langjährigen Männer der konstitutionellen Partei und deren Wahl“ agitieren.⁵¹ Trotz Fürsprache aus den Reihen des Zentralwahlkomitees war hingegen selbst ein verdienter Altliberaler wie Ludwig Samuel Kühne in Berlin, wo er seit 1852 Mandatsträger war, nicht mehr durchzubringen, konnte aber immerhin noch im alternativen rheinischen Wahlbezirk Elberfeld-Barmen gewählt werden.⁵²

Andere, zumeist weniger überregional bekannte Altliberale versuchten es mit einem gespielten Bekenntnis zur Fortschrittspartei und deren Programm, zogen dann jedoch später umso mehr den Zorn ihrer Wähler auf sich, wenn sie sich wider Erwarten der altliberalen Fraktion anschlossen. Sie wurden mit Misstrauensvoten, Aufforderungen zum Beitritt zur Fraktion der Fortschrittspartei oder zur Mandatsniederlegung konfrontiert.⁵³ Die Zeiten schienen vorüber zu sein, in denen es ausreichte, „Gesinnung zu haben“, sie aber nicht „zur Geltung zu bringen“, wie Alexander Göschen, Mitgründer der Fortschrittspartei, die Stimmung im Lande kurz nach Verabschiedung des Programms im Juli 1861 richtig einzuschätzen wusste.⁵⁴ Der rasche Aufstieg der Fortschrittspartei machte deutlich, dass die Altliberalen in den Augen einer zunehmenden Anzahl preußischer Wähler ihre Glaubwürdigkeit verspielt hatten.

III. Vermittler und Versöhner

Bevor die Altliberalen Schiffbruch bei den Wahlen erlitten, hatte mit Max Duncker bereits zuvor einer ihrer Fähigsten sein Mandat niedergelegt und auf anderen Wegen nach politischem Einfluss gestrebt.⁵⁵ Der 1811 in Berlin geborene Historiker war ein kluger politischer Beobachter, Publizist und Netzwerker,

51 Wilhelm Adolf Lette an Karl Twesten, 20.3.1862. In: Heyderhoff: Liberalismus (wie Anm. 49), S. 83 f.; vgl. auch August von Saucken-Julienfelde an Karl Twesten, 19.4.1862, GStA PK, VI. HA, NL Karl Twesten, Nr. 13, Bl. 16–17.

52 Kölnische Zeitung, 28.4. u. 8.5.1862.

53 Niederrheinische Volkszeitung, Nr. 27, 27.1.1862; Volkszeitung, 22.2.1862; Heinrich Beitzke an unbekannt, 26.2.1862. In: Conrad: Beitzke (wie Anm. 20), S. 229.

54 Nationalzeitung, Nr. 326, 16.7.1861.

55 Zu Dunckers Biografie und dem folgenden Abriss vgl.: Johannes Schultze: Zur Einführung. In: Max Duncker: Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß. Hrsg. v. Johannes Schultze. Stuttgart 1923, S. XI–XXIV; Rudolf Haym: Das Leben Max Dunckers. Berlin 1891. Viele interessante Einzelheiten zu Duncker auch bei Weaver: Friendship (wie Anm. 4).

aber anders als Simson oder Vincke nicht für die Rednerbühne gemacht, die er deswegen bereits in der Paulskirche gemieden hatte.⁵⁶ Seinem Selbstbewusstsein, politisch etwas bewegen zu können, tat dies indes keinen Abbruch, so dass er infolge des Regierungswechsels der „Neuen Ära“ in den Staatsdienst – genauer auf eine Anstellung beim Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten – drängte. Es reichte jedoch zunächst nur für die sogenannte Centralstelle für Preßangelegenheiten im Staatsministerium (ab 1860: „Literarisches Bureau“), zu dessen Leiter er im April 1859 ernannt wurde. Dunckers Bemühungen, die Pressearbeit der Regierung zu vereinheitlichen und besonders die Organisation des Literarischen Büros weiterzuentwickeln, waren zwar nur von mäßigem Erfolg gekrönt;⁵⁷ auch verausgabte er sich kontinuierlich vergeblich daran, die Demission von Schleinitz zu erreichen, dessen kraftlose und strikt legitimistische Außenpolitik er ablehnte, so dass ihm auch die ersehnte Tätigkeit im Außenministerium weiterhin versagt blieb.⁵⁸ Als Duncker jedoch im März 1861 genug von dieser fruchtlosen, seinen Ansprüchen nicht genügenden Tätigkeit hatte und um Entlassung bat, um dem verstorbenen Friedrich Christoph Dahlmann auf die Bonner Professur für deutsche Geschichte und Staatswissenschaften zu folgen, eröffnete sich unerwartet die Gelegenheit für einen Karrieresprung: Um Duncker im politischen Berlin zu halten, gelang es seinen Freunden um Rudolf von Auerswald und Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, ihm die ersehnte einflussreiche und obendrein vielversprechende Position zu verschaffen – und zwar als Vortragender Rat beim Kronprinzen Friedrich Wilhelm.⁵⁹

In seiner neuen Rolle als politischer Berater des preußischen Thronfolgers blühte Duncker auf. Er schrieb Brief auf Brief, Denkschrift auf Denkschrift und baute sein Netzwerk in Berlin aus. Er berichtete dem Kronprinzen mündlich wie schriftlich über politische Neuigkeiten aus dem In- und Ausland, über Vorgänge am Hof, in der Regierung, im Landtag, aus politischen Zirkeln und seinen Gesprächen mit Ministern, Diplomaten, Beamten, Parlamentariern und Militärs. Er analysierte das politische Geschehen, entwickelte originäre

56 Vgl. besonders die Charakterisierung bei: Haym: Duncker (wie Anm. 55), S. 85–88.

57 Vgl. Gertrud Nöth-Greis: Das Literarische Büro als Instrument der Pressepolitik. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg. Köln 1997, S. 1–78, hier S. 8–12.

58 Vgl. Bastian Peiffer: Alexander von Schleinitz und die preußische Außenpolitik 1858–1861. Frankfurt am Main 2012, S. 156 f.; Max Duncker an Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha, 20.7.1859. In: Duncker: Briefwechsel (wie Anm. 55), Nr. 222.

59 Weaver: Friendship (wie Anm. 4), S. 115–118, 138 f.

Strategien und formulierte Handlungsempfehlungen.⁶⁰ Einigen wurde der Einfluss Dunckers schnell zu groß. Friedrich von Wrangel etwa schimpfte ihn einen „scheinheilige[n] Demokrat[en]“, der nicht nur den Kronprinzen, sondern auch Königin Augusta dazu verleitet habe, „eine offenkundige Politik gegen das Königthum von Gottes Gnaden mit rastlosen [sic] Eifer“ und „dem besten Erfolg“ zu betreiben.⁶¹ Wiederholte Gab es deshalb Bemühungen, Duncker erneut eine Professur schmackhaft zu machen, um ihn aus der Nähe des Kronprinzen zu entfernen. Dieser hing jedoch an seinem neuen Berater und schrieb im Juli 1862 an den Kultusminister Heinrich von Mühler: „[...] sein Verstand, seine Begabung, seine vielseitigen tiefen Kenntnisse haben für mich den Umgang mit ihm ebenso lehrreich wie anziehend gemacht.“ Lange habe er sich „eine Persönlichkeit solcher Art“ gewünscht, „und nachdem jener Wunsch endlich erfüllt ist, kann ich meinerseits nur entschieden erklären, daß ich G[eheime] R[ath]. Duncker auch fernerhin bei mir behalten möchte“.⁶² Mit der „Danziger Episode“ begann das Verhältnis abzuflauen, als Friedrich Wilhelm die Ratschläge Dunckers zur öffentlichen Zurückhaltung nicht beherzigte, mehr noch, als sich Duncker der Politik Bismarcks annäherte und schließlich im Juni 1866 um seine Entlassung aus den Diensten des Kronprinzen bat.

Einem großen politischen Erfolg sollte Duncker dennoch zumindest nahekommen, als der Streit über die Heeresreform im September 1862 auf seinen vorläufigen Höhepunkt zulief. Die Regierung ließ den Sommer über in Zeitungen verbreiten, sie werde auch ohne verabschiedeten Staatshaushalt aufgrund einer „Lücke“ in der Verfassung regieren können, um die Abgeordneten, die in der Budgetkommission über den Etat berieten, einzuschüchtern.⁶³ Die opposi-

-
- 60 Ein Editionsprojekt zu Dunckers Berichten an den Kronprinzen ist in Vorbereitung. Haym und Schultze nutzten nur die Entwürfe in Dunckers Nachlass. Haym ist zudem für heutige Zwecke aufgrund der selten nachvollziehbaren Zitate nur schwer benutzbar. Das Potenzial der Berichte für die ereigniszentrierte als auch eine um kulturelle Perspektiven erweiterte Politikgeschichte, für alltags- und monarchiegeschichtliche Fragestellungen sowie für biografische Forschungen wurde bislang nicht ausgeschöpft.
- 61 Immediatbericht von Friedrich von Wrangel, 5.8.1862. In: Christina Rathgeber/Hartwin Spenkuch (Bearb.): Instrumente monarchischer Selbstregierung. Zivil-, Militär- und Marinekabinett in Preußen 1786 bis 1918. Paderborn 2023, Nr. 172.
- 62 Friedrich Wilhelm an Heinrich von Mühler, 15.7.1862, GStA PK, VI. HA, NL Heinrich von Mühler, VI Nr. 8, n. f. Nach der „Danziger Episode“ wurde ein neuer Anlauf genommen, um Dunckers Einfluss auf den Kronprinzen einen Riegel vorzuschieben. Vgl. Helma Brunck: Bismarck und das Preußische Staatsministerium 1862–1890. Berlin 2004, S. 122 f.
- 63 Hans-Christof Kraus: Ursprung und Genese der „Lückentheorie“ im preußischen Verfassungskonflikt. In: Der Staat 29 (1990), S. 209–234, hier S. 229 f.

tionelle Mehrheit aus Fortschrittspartei und Linkem Zentrum wollte sich dem nicht fügen. Beide Fraktionen vereinbarten nach mehreren gemeinsamen Versammlungen und Beratungen in der Budgetkommission, sich darauf zurückzuziehen, ihr verfassungsmäßiges Mitbestimmungsrecht zu schützen, indem sie die Kosten der Heeresreform ohne Weiteres ablehnen würden, bis die ursprünglich von der Regierung vorgesehene gesetzliche Regelung geschaffen wäre. Auf diese Weise baute die Opposition größtmöglichen Druck auf die Regierung auf, um deren nächsten Schritte abwarten zu können, ohne sich selbst bereits festlegen zu müssen und von der Regierung ausgespielt zu werden.⁶⁴ Anders als gemeinhin angenommen, berieten weder die Fraktionen noch die Budgetkommission inhaltlich über die Heeresreform oder die Stellung des Militärs allgemein, da die Regierung zu Beginn der Session davon abgesehen hatte, die nötige Novelle des Wehrgesetzes vorzulegen.⁶⁵

Je näher der Beginn der Militärdebatte im Abgeordnetenhaus am 11. September 1862 rückte, desto größer wurden die Bedenken auf Seiten von Opposition und Staatsministerium, in einen unkalkulierbaren Verfassungskonflikt zu geraten.⁶⁶ Diese Situation schien nach den Altliberalen zu rufen – nach Vermittlung, Kompromissen und Zugeständnissen. Wichtige Kommunikationskanäle zwischen Regierung und Opposition waren schon den Sommer über zusammengebrochen, da Kriegsminister Albrecht von Roon der Budgetkommission bewusst ferngeblieben war, informelle Gespräche keinen Erfolg zeitigten und deren Bekanntwerden zudem von Fraktionsgenossen nicht gern gesehen wurden. Diese Kluft versuchten die Altliberalen zu überbrücken. Sie verfügten über die nötigen gesellschaftlichen und politischen Verbindungen zu den Ministern und zum Hof, konnten zugleich zumeist auch in die Oppositionsfraktionen von Fortschrittspartei und Linkem Zentrum hineinhorchen. Lette bemerkte unter der Mehrheit der Abgeordneten „den guten Willen zu einer verständigen Lösung“, nun komme es darauf an, dass „die Regierung ihrerseits Schritte thut und herauskommt“.⁶⁷ Saenger, der besonders gute Kontakte zu den west- und ostpreußischen Abgeordneten der Fortschrittspartei

64 Vgl. Simonow: Fortschrittspartei (wie Anm. 1), Kap. V, 3.

65 Kritik wie etwa von Gerhard Ritter an dem „bunte[n] Gewirr zum Teil recht dilettantischer Wünsche“ geht deshalb deutlich zu weit. Er entnimmt sie der Budgetkommission – nicht, wie er schreibt, einer Militärkommission, die nicht existierte, anders zusammengesetzt und mit entsprechendem Auftrag versehen worden wäre. Gerhard Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Bd. 1. Die altpreußische Tradition (1740–1890). München 1970, S. 187–189.

66 Simonow: Fortschrittspartei (wie Anm. 1), Kap. V, 4.

67 Wilhelm Adolf Lette an Karl Francke, 26.8.1866, BArch, N 1756/10 (Mappe: Lette), Bl. 25v, 28.

pflegte, berichtete von „vielen der ‚entschiedenen‘ Fortschrittmänner“, dass ihnen „nicht ganz wohl in ihrer ledernen Juristen-Haut“ sei und sie sich deshalb einen Kompromiss wünschten.⁶⁸ Ebenso versuchten Vincke und Simson sowie die ehemaligen Minister Patow und Schwerin in Gesprächen mit Abgeordneten und Ministern ihren Einfluss geltend zu machen, während Duncker Anfang September einen Plan ausarbeitete, um den Verfassungskonflikt zu vermeiden, für den er schließlich die Minister August von der Heydt und Heinrich von Holtzbrinck, später auch Roon gewinnen konnte.⁶⁹ Dunckers Arbeiten bildeten das technische Fundament für Roos Erklärung am 17. September 1862, die Regierung sei auf Grundlage eines Vermittlungsantrags mit erneuter provisorischer Finanzierung zu Zugeständnissen in der Dienstzeitfrage bereit, was später als „Episode“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist.⁷⁰

Duncker beabsichtigte mit seinem Plan, den er dem Kronprinzen am 3. September erstmals anprässte und am 5. September 1862 in einer Denkschrift ausarbeitete, einen Schlussstrich unter das leidige Thema der Heeresreform zu ziehen und so die Position der Regierung nachhaltig zu verbessern, um sich gestärkt der deutschen Frage widmen zu können.⁷¹ Als Ausgleich für das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit schlug er vor, eine höhere Anzahl an Kapitulanten (Berufssoldaten) einzustellen, damit einhergehend zugleich mehr Unteroffiziere zu rekrutieren und zur besseren Ausbildung der Truppe stehende Lager einzurichten. Da die faktische Dienstzeit aufgrund von Winterbeurlaubungen ohnehin nur bei zwei Jahren und sieben Monaten lag, erschien ihm eine Gefährdung von Staat und Dynastie für die Dienstzeitfrage

68 Carl von Saenger an Karl Samwer, 6.9.1862, Landesarchiv Schleswig-Holstein (im Folgenden: LASH), Abt. 399.52, Nr. 114, Bl. 231–231v; das Zitat steht schon bei: Kurt Promnitz: Bismarcks Eintritt in das Ministerium. Berlin 1908, S. 65.

69 Max von Forckenbeck an seine Frau Marie, 17.9.1862, GStA PK, VI. HA, NL Max von Forckenbeck, Nr. 36, n. f.; Max Duncker, Notizen, 1.9.1862, GStA PK, VI. HA, NL Max Duncker, Nr. 200, Bl. 27; Max Duncker an Karl Samwer, 26.9.1862. In: Martin Philippson: Das Leben Kaiser Friedrichs des Dritten. Wiesbaden 1900, S. 423.

70 Vgl. zur „Episode“ ausführlich: Simonow: Fortschrittspartei (wie Anm. 1), Kap. V, 5. Den Anteil Dunckers hat mit erstaunlicher Recherchearbeit und klugen Schlussfolgerungen bereits Kurt Promnitz herausgestellt, wobei er jedoch Dunckers Rolle ein wenig überzeichnet und ihm das „Hauptverdienst“ bei dem Kompromissversuch zuschreibt. Vgl. Promnitz: Eintritt (wie Anm. 68), S. 124–146, insb. S. 134–136.

71 Vgl. für das Folgende: Dunckers Denkschrift vom 5.9.1862 im Nachlass des Kronprinzen, GStA PK, BPH, Rep. 52, J Nr. 88, Bd. 1, Bl. 421–429. Auf Dunckers Plan wird, jedoch ohne über die Denkschrift als Grundlage zu verfügen, kurz anhand von Einzeläußerungen eingegangen bei Adalbert Wahl: Beiträge zur Geschichte der Konfliktzeit. Tübingen 1914, S. 93 f.; Ludwig Dehio: Bismarck und die Heeresvorlagen der Konfliktzeit. In: Historische Zeitschrift 144 (1931), S. 31–47, hier S. 33 f.; Ritter: Staatskunst. Bd. 1 (wie Anm. 65), S. 194, 364, Anm. 86.

nicht der Sache wert. Er erwartete zwar lediglich eine Kostenreduktion von symbolischem Wert in Höhe von 800.000 Thalern, versicherte jedoch, dass bei der Opposition im Abgeordnetenhaus und im Lande die Unpopulärität der längeren Dienstzeit schwerer wiege, zumal Männer im wehrfähigen Alter dann auch kürzer dem Wirtschaftsleben entzogen wären. Die angedachten Kompensationen sollten den Wunsch des Königs nach einer gut ausgebildeten Armee erfüllen und ihm so den Wegfall des dritten Dienstjahres akzeptabel machen. Andere Alternativen, um den Verfassungskonflikt noch zu vermeiden, sah Duncker nicht, wähnte die Regierung jedoch auch unabhängig von der Zustimmung des Abgeordnetenhauses bei Übernahme seines Plans auf der Siegerstraße: In jedem Fall hätte man der Opposition eines ihrer zentralen Themen zur Mobilisierung der Bevölkerung aus der Hand genommen.

Dunckers Vorschlag gelangte bereits am 6. September 1862 in eine Sitzung des Staatsministeriums zur politischen Vorgehensweise in der Militärfrage, überraschenderweise durch den Kronprinzen, nicht durch einen der Minister. In der Sitzung kommentierte Roon gemäß Protokoll beiläufig, dass die kürzere Dienstzeit nur durch eine Erhöhung der Kapitulanten und der Unteroffiziere sowie der Einrichtung stehender Lager aufgefangen werden könne – also wie Duncker es in seinem Armeeplan vorschlug.⁷²

Das kurz gefasste, ohnehin geglättete⁷³ Protokoll zu der Sitzung von „auf-fallend langer Dauer“⁷⁴ vermittelt den Eindruck, als ob die Aussage als Teil eines Vortrags gefallen sei, zu dem es keine Nachfragen und keine Diskussion gegeben habe. Weitere Zweifel an dem Ablauf sät der Umstand, dass der Kronprinz ausgerechnet zu dieser Sitzung des Staatsministeriums nichts in seinem Tagebuch notierte, den Tag sogar insgesamt für nicht tagebuchwürdig erachtet zu haben scheint – und dies umso mehr, weil er noch drei Tage zuvor anlässlich einer anderen Sitzung darüber geklagt hatte, dass es aufgrund von Roons Abwesenheit „nichts Wichtiges, namentlich nicht die Militairbudgetfrage“, zu besprechen gegeben habe.⁷⁵ Neben der sich aufdrängenden Unterschlagung eines dokumentierten,brisanten, wenn auch vorsichtigen Einmischens durch

72 Protokoll der Staatsministeriumssitzung vom 6.9.1862, GStA PK, I. HA, Rep. 90 A, Nr. 3531, Bl. 169v.

73 Vgl. hierzu allgemein: Rainer Paetau (Bearb.): Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38. Bd. 5: 10. November 1858 bis 28. Dezember 1866. Hildesheim 2001, S. 35–37.

74 Allgemeine Zeitung, 10.9.1862.

75 Friedrich III.: Tagebücher von 1848–1866. Mit einer Einleitung und Ergänzungen hrsg. v. Heinrich Otto Meisner. Leipzig 1929, S. 157 f. (3.9.1862). Herausgeber Meisner bestätigt ausdrücklich (S. 158, Anm. 1), dass es im Original unter dem 6. September keinen Eintrag gibt.

den Kronprinzen in das Herzensprojekt seines Vaters und Königs ist hier ein zeitliches Detail von entscheidender Relevanz: Am Morgen vor der Sitzung des Staatsministeriums trug Duncker dem Kronprinzen seinen Lösungsvorschlag mündlich vor, begleitete diesen anschließend von Potsdam nach Berlin, ehe dieser an der Sitzung des Staatsministeriums teilnahm. Duncker muss es gelungen sein, den Kronprinzen dazu zu bewegen, seinen Vorschlag zumindest bei den Ministern einzubringen, um ihm so mehr politisches Gewicht zu verleihen.⁷⁶ Denn erst später am Tag schickte Duncker seine Denkschrift an den Kronprinzen sowie Auszüge aus dieser an die Minister von der Heydt und Holtzbrinck.⁷⁷ Und Roon konnte er, wie eingangs schon geschrieben, erst nach diesen beiden für seinen Plan gewinnen: Seinen Unterlagen zufolge besuchte Duncker ihn am 13. September und ließ tags darauf noch einmal schriftlich die wesentlichen Punkte folgen.⁷⁸

Weiter involviert wurde Duncker nicht. Er konnte dann nur beobachten, wie das Abgeordnetenhaus am 16. September 1862 seine Drohung ernst machte, indem es den ersten Titel der Heeresreformkosten in ein Extraordinarium überführte und verwarf, und die Regierung sich in der Person Roons daraufhin am nächsten Tag tatsächlich zu Zugeständnissen bereit erklärte. Für kurze Zeit sah es danach aus, als würde der Verfassungskonflikt noch verhindert werden können, dank der beträchtlichen Mithilfe der Altkonservativen und allen voran Dunckers. „Der Armeeplan hätte beinahe reüssiert“, schrieb Duncker fast schon stolz seinem Freund Karl Samwer.⁷⁹ Aber der König machte diesen Kompromiss – wie auch alle anderen – bekanntlich zunichtete.⁸⁰

Ihre Verärgerung konnten die Altkonservativen diesmal jedoch schwerer denn je verbergen. Nachdem Roon am 18. September die Bereitschaft zu Zugeständ-

76 Ob der Kronprinz den Plan teilweise oder vollständig mittrug, ist hierfür unerheblich.

77 Nationalzeitung, Nr. 415, 6.9.1862. Zum Inhalt des Vortrags und zur Übersendung vgl.: Dunckers Bericht vom 6.9.1862, GStA PK, BPH, Rep. 52, J Nr. 88, Bd. 1, Bl. 420.

78 Zu entnehmen aus seinen Notizen, GStA PK, VI. HA, NL Max Duncker, Nr. 200, Bl. 31, und einem Briefkonzept unter diversen Unterlagen zur Heeresreform, ebd., Nr. 214, n. f.

79 Duncker an Samwer, 26.9.1862. In: Philippson: Friedrich (wie Anm. 69), S. 423.

80 Des Königs Intransigenz wurde entlang der Quellen schon herausgearbeitet von: Egmont Zechlin: Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht. Stuttgart 1960, S. 291, *passim*. Vgl. daran anschließend in unvollständiger Auswahl: Ritter: Staatskunst. Bd. 1 (wie Anm. 65), S. 200; Theodor Schieder: Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich 1815–1871. München 1975, S. 137; Börner: Wilhelm (wie Anm. 8), S. 158; Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1991, S. 757; Walter: Heeresreformen (wie Anm. 10), S. 461; Fischer: Wilhelm (wie Anm. 8), S. 20, 73, 194–196.

nissen widerrief, waren es nicht die Abgeordneten der Fortschrittspartei, die in vorderster Reihe der allgemeinen Entrüstung Ausdruck verliehen, sondern die altliberalen Größen Vincke und Simson. Vincke lobte sogar die Verständigungsbereitschaft der Fortschrittspartei, die er sonst nur mit abschätzigen Worten bedachte, und forderte nun, die gesetzliche zweijährige Dienstzeit einzuführen. Simson versuchte sich zu zügeln und beteuerte, für manche seiner Vermutungen zu den Hintergründen der Vereitelung des Kompromisses kein „treffendes und nicht über die parlamentarischen Grenzen hinaus verletzendes Wort zu finden!“. Beide deuteten nun auch öffentlich an, wenn auch kurz und kryptisch, dass nicht die Minister, sondern der König der Sitz des Übels sei.⁸¹ Und Stavenhagen, mittlerweile beim Linken Zentrum und stets mit großem Verständnis für König und Staatsministerium, klagte in einem Brief über den „Mangel an Einsicht, der dort oben herrscht“, womit er ebenfalls den König meinte: „Um der dreijährigen Dienstzeit willen die preußische Monarchie in den Dreck zu reiten, das übersteigt doch die Begriffe!“⁸²

IV. Resümee und Ausblick

Die altliberalen Abgeordneten der „Neuen Ära“ wussten um die Blockadehaltung König Wilhelms gegenüber den notwendigen Reformen, sie kannten die schwierige Lage des Ministeriums, und sie taten ihr Bestes, sowohl den König als auch die Minister vor Kritik zu schützen. Bloß ging ihre risikoaverse und konfliktscheue Strategie, die eigenen Anliegen und Positionen stets zurückzustellen, um Einfluss zu gewinnen und Reformen zu erzielen, nicht auf. Sie hielten fortwährend daran fest und verschlossen die Augen vor den Konsequenzen ihrer Politik, die sie in der Öffentlichkeit in einem Maße diskreditierte, dass die preußischen Wähler sie im Dezember 1861 und im Mai 1862 reihenweise und in hohem Bogen aus dem Abgeordnetenhaus beförderten. Ihre Glaubwürdigkeit als Verfechter der deutschen Einheit und Anwälte von Freiheitsrechten und Liberalisierung hatten sie verloren. Sie mussten Platz machen für „unverbrauchte“ Kräfte, die sich mehr an ihren Wählern, deren Interessen und Erwartungen orientierten, wie die Fortschrittspartei und später die Nationalliberale Partei, in der zumindest einige anpassungsfähige Altliberale wie Simson, Schwerin und Saucken-Julienfelde eine politische Heimat fanden. Das brachte Wilhelm Wehrenpfennig, wahrlich kein sonderlich

81 Stenographische Berichte (wie Anm. 21), 7. Legislaturperiode. 1. Session 1862. Bd. 3, S. 1745 (Simson, Zitat), 1754–1756 (Vincke).

82 Stavenhagen an Samwer, 28.9.1862, LASH, Abt. 399.52, Nr. 114, Bl. 256v–257.

progressiver Liberaler, im Juni 1867 hellsichtig auf den Punkt: „Der Fehler der alten Herren“ sei es, „die Verachtung des Publikums, der Wähler und der jedesmal populären Parteien [...] bis zu einem Punkt“ zu treiben, „wo die Möglichkeit des Wirkens innerhalb parlamentarischer Formen aufhört“. Ohne Rückhalt in der Bevölkerung und folglich ohne parlamentarischen Einfluss helfe es auch nicht, „eine fehlerlose Staatsweisheit zu besitzen und höchst ‚regierungsfähig‘ zu sein“.⁸³

Die Stärken der Altliberalen lagen (mittlerweile) woanders, nicht im Parlament – und wohl auch nicht in der Regierung –, sondern in der Scharnierfunktion zwischen Abgeordneten, Ministern, Verwaltung und Hof. Durch ihre etablierten gesellschaftlichen und politischen Verbindungen bewegten sie sich freier als andere Politiker über die Grenzen der sich nur partiell überlappenden Bereiche, konnten Gespräche führen, vermitteln und Kompromisse anbahnen. Diese informellen, quellenmäßig nur aufwändig zu rekonstruierenden Aktivitäten der Altliberalen näher zu ergründen, dürfte sich auszahlen, um ihr Wirken in den 1860er Jahren noch klarer nachvollziehen zu können und sich von der rein parlamentarischen Betrachtungsweise zu entfernen. Die Quellen dazu sind wie hier und anderswo⁸⁴ angedeutet vorhanden. Angesichts des bekannten Ausgangs der „Neuen Ära“ und des Verfassungskonflikts mag sich dadurch an der Geschichte des Scheiterns der Altliberalen womöglich nur wenig ändern. Aber Scheitern und Wirken müssen sich nicht ausschließen – auch das hat Dieter Langewiesche betont.⁸⁵

83 Wehrenpfennig an Treitschke, 22.6.1867. In: Heyderhoff: Liberalismus (wie Anm. 49), S. 386, Anm. 1.

84 Weaver: Friendship (wie Anm. 4); Simonow: Fortschrittspartei (wie Anm. 1); Behr: Vincke (wie Anm. 19).

85 Langewiesche: Erbe (wie Anm. 2), S. 13 f.

